



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

30. Mai 1951.

P/31/122

Hinweise
auf den Inhalt:

Ab 4. Juni 1951 SPD-Pressediens
aus Bonn.
Wir bitten, unsere Beilage zu
beachten!

Risse im Fundament

(sp) Der Staatsbürger, der seine Steuern überweist oder ab-
liefert, wird selten von der unerlässlichen Notwendigkeit dieser
bitteren Pflicht überzeugt sein. Zum mindesten wird er gegen die
Höhe des Betrages, der auf ihn entfällt, wettern. Die Frage ist
nur, ob er unter richtiger Würdigung der objektiven Verhältnisse
zur Empörung berechtigt ist oder nicht.

Die abschliessende dritte Beratung der Änderungen des Ein-
kommenssteuergesetzes hat gezeigt, dass auf dem Gebiete der di-
rekten Steuern die Bundesrepublik weit von dem Stand einer auch
für sie erreichbaren sozialen Mindest-Gerechtigkeit entfernt ist.
Die groben Strukturfehler in der Einkommensteuer-Gestaltung, die
vor allen von der sozialdemokratischen Opposition aufgezeigt wur-
den, betreffen durchaus nicht Umstände, die sich aus unserer
äusserst prekären Lage zwangsläufig ergeben, sondern sind schwere,
aber vermeidbare Mängel, geboren aus einem unzureichenden Gefühl
für soziale Verpflichtungen.

Ein besonders krasses Beispiel ist, dass die Regierung ent-
schlossen ist, an den durch nichts mehr gerechtfertigten Steuer-
tarifsenkungen des Vorjahres für Einkommen von über DM 6.000.- im
Jahr festzuhalten und damit die wohlhabenden Schichten der Be-

völkerung zu Lasten der mittleren und kleinen Einkommen zu bevorzugen. Diese Tendenz wird besonders drastisch durch die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages unterstrichen, die Einkünfte der mitverdienenden Ehefrau aus nichtselbständiger Arbeit nicht mit den Einkünften des Ehemannes zusammen zu veranlagern. Diese Entscheidung der Regierungsparteien trifft Hunderttausende von Familien. In ihnen zwingen die wirtschaftliche Not und die aus der planlosen Wirtschaftspolitik der Regierung geborenen Preissteigerungen die Ehefrau zu regelmässiger Mitarbeit. Dieselben Parteien also, die sich hartnäckig weigern, die unsozialen Steuertarifsenkungen des Vorjahres für hohe und höchste Einkommen zurückzunehmen, bürden damit den Familien, die sich in einer ausgesprochenen Notlage befinden, eine jährliche neue Steuerlast von etwa 100 Millionen DM auf.

Grundlegende Steuerreformen, d.h. vor allem eine neue Tarifordnung, einheitliche Finanzverwaltung, entscheidendes Vorgehen gegen Steuerhinterziehungen und äusserste Sparsamkeit in allen Zweigen der öffentlichen Verwaltung sowie schliesslich Massnahmen gegen einen übertriebenen Föderalismus sind die Forderungen, die gegen die bisherige Steuer- und Finanzpolitik aufzustellen sind. Aus ihrer Verwirklichung würden sich Beträge einer sehr ansehnlichen Grössenordnung ergeben, schätzt man doch die jährlichen Verluste durch Steuerhinterziehungen auf eine Summe, die zwischen ein und zwei Milliarden liegt. Vor allem aber wird es auch darauf ankommen, das Verhältnis von direkten zu indirekten Steuern nach sozialen Gesichtspunkten neu zu ordnen.

Das alles sind nicht Forderungen einer Partei, die, wie das von gewissen Kreisen so gern gesagt wird, nur ihre Propaganda damit bestreiten will. Es sind unerlässliche Erfordernisse, wenn man eine weitere politische Radikalisierung vermeiden will, woran ja auch die Parteien der Regierungskoalition ein Interesse haben sollten. Es ist allmählich eine Binsenweisheit, dass nichts einer Demokratie so schadet wie das Bewusstsein der erdrückenden Mehrzahl ihrer Bewohner: gegenüber einer Minderheit von Bevorzugten benachteiligt zu sein, und zwar in einer Weise, die weit über eine aus vielen Gründen unvermeidbare Ungleichheit der Einkommensverhältnisse hinausgeht. Grobe dauernde Verstösse gegen das Prinzip einer auch nur minimalen sozialen Gerechtigkeit aber schaffen mehr als jeder andere Mißstand Risse im Fundament der Demokratie.

Unbehagen in Moskau

KRK. Stockholm, Ende Mai.

Der Besuch der schwedischen Kriegsflotte in England hat die Moskauer Presse zur Wiederholung der Behauptung veranlasst, die schwedische Politik stehe im Dienstes des "Dollar-Imperialismus". Das Unbehagen, das Moskau angesichts der politischen Haltung des Nordens empfindet, hat noch verschiedene andere Ursachen als die Freundschaftsbesuche der schwedischen und englischen Flotte. Der dänische Reichstag hat nach ausführlicher Debatte und mit überwältigender Mehrheit den Anschluss Dänemarks an den Atlantikpakt bestätigt. Das bedeutet, dass die Besetzung Grönlands durch amerikanische Truppen die Billigung des dänischen Volkes hat. Grönland ist eine strategische Position - von entscheidender Bedeutung in einem eventuellen Luftkrieg. Das Eingliedern Islands in den Atlantikpakt und die Landung amerikanischer Truppen auf dieser wichtigen Insel stossen selbstverständlich auch nicht auf wohlwollende Beurteilung in Moskau. Dazu kommt, dass das Nordkommando der Atlantik-Wehrmacht seinen Sitz in Oslo nehmen wird. Spitzbergen ist norwegisch. Die Inselwelt des Nordens ist der Zugriff Moskaus entzogen.

Zwischen Finnland und Schweden, inmitten des Bottenmeers, liegen die Aalands- (sprich Ohlands-) Inseln mit ihrer schwedischen Bevölkerung. Sie sind unter finnischer Oberhoheit. Durch eine 1921 abgeschlossene Konvention wurde der Bevölkerung von Aaland ein grosses Mass von Selbstverwaltung garantiert. An dieser Konvention ist jedoch die Sowjetunion nicht beteiligt. Moskau hat nun verlangt, dass die alte Konvention, an der alle anderen Staaten beteiligt sind, die Interessen in der Ostsee haben, mit der neuen ersetzt werde, die im Oktober 1940 nur zwischen Finnland und der Sowjetunion abgeschlossen worden ist. Die Auffassung Moskaus ist, dass die alte Konvention durch das Kriegsergebnis ausgelöscht worden sei. Die Partner der alten Konvention bestreiten jedoch diese Auffassung und haben die finnisch-russische Vereinbarung von 1940 nicht anerkannt. Der neue Gesetzesvorschlag, der im finnischen Reichstag über die Selbstverwaltung der Aalandsinseln eingebracht worden ist, stützt sich auf die alte Konvention. Der vorbereitende Parlamentsausschuss hat sich mehrheitlich (vor allem gegen die Stimmen der Kommunisten)

dafür ausgesprochen, die Einwände der Sowjetunion unbeachtet zu lassen.

Radio Moskaus hat bereits verkündet, dass der Gesetzesvorschlag in seiner jetzigen Form fremde Einmischung auf Aaland begünstige, sowie auch die Einmischung fremder Mächte in die Innenpolitik Finnlands überhaupt. Der Versuch, den Gesetzesvorschlag durchzupressen, sei eine Verletzung des finnisch-sowjetischen Friedenstraktats. Eine finnische Kommunistenäußerung, nach der das neue Selbstverwaltungsgesetz mit Rücksicht auf die Besetzung Grönlands und Islands durch amerikanische Truppen "eine grosse Gefahr für Finnland" sei, wurde von Radio Moskau mit besonderem Nachdruck zitiert.

Richtig ist, dass die Aalandinseln von grösster strategischer Bedeutung für die Beherrschung des Ostseeraumes sind.

+ + +

Das Prinzip der Besetzung ...

(sp) Deutschland besetzt zu halten, sei die einzige juristische Verbindung der Westmächte zur Sowjetunion und nur bei Erhaltung dieser Verbindung liessen sich Verhandlungen zwischen Ost und West mit dem Ziele einer gesamtdeutschen Lösung führen. Ferner sei das Prinzip der Besetzung eine Garantie dafür, dass in der Bundesrepublik nicht eines Tages die demokratische Ordnung liquidiert würde und dass die Westmächte ihre internationalen Verpflichtungen im Rahmen des Atlantik-Paktes oder im Sinne der de jure-Sicherheitsgarantie für die Bundesrepublik- erfüllen könnten.

Diese Überlegungen bestimmten bei den Westmächten die Verhandlungen über die Revision des Besatzungsstatuts und in zweiter Linie auch die Gespräche über eine eventuelle Auflösung der Ruhrbehörde, über die Schaffung einer Plevin-Armee und über einen möglichen deutschen Verteidigungsbeitrag. Daher wollen die Westmächte die Generalklausel des Artikel 3 des Besatzungsstatuts beibehalten, nach der sie -de jure - jederzeit die volle Regierungsgewalt in der Bundesrepublik wieder übernehmen können. Damit lehnen sie die absolute Gleichberechtigung im militärischen Sektor ab und klammern sich mit geradezu anachronistischer Zähigkeit an Institutionen wie die Ruhrbehörde.

Ziel der am 10. Mai aufgenommen deutsch-alliierten Verhandlungen

ist, das Besatzungsstatut durch Verträge zu ersetzen. Solange man sich aber an das Besatzungsprinzip und eine auch nur modifizierte Generalklausel klammert, bleibt die Souveränität letztlich in den Händen der Besatzungsmächte. Damit wird das Geschäft gerade derer besorgt, die die demokratische Ordnung bedrohen. Eine nicht souveräne Bundesregierung bietet die Angriffsfläche, die Kommunisten und Nationalsozialisten brauchen. Es ist auch falsch, dass nur die Beibehaltung des Prinzips der Besetzung die "juristische Verbindung" zwischen den Westmächten und der Sowjetunion aufrechterhalte. Diese Verbindung, deren Wert für die Politik nicht überschätzt werden sollte, besteht vielmehr bis zum Abschluss eines Friedensvertrages, dem die volle Aufhebung des Besatzungsstatuts, einschliesslich der Generalklausel, durchaus vorangehen kann, ohne dass sich an der juristischen Lage der Beziehungen zwischen den Westmächten und der UdSSR gegenüber dem heutigen Zustand etwas ändert. Dagegen würde eine souveräne Bundesrepublik eine gesamtdeutsche Lösung, die ja nie in einem Kompromiss zwischen Diktatur und Demokratie liegen kann, viel eher beschleunigen.

Was die internationalen Verpflichtungen der Westmächte in und gegenüber der Bundesrepublik betrifft, so steht dem nichts im Wege, dass sie auch mit einer gleichberechtigten Bundesregierung erfüllt werden können. Deutsch-alliierte Verträge mit gleichen Rechten und Pflichten für alle Vertragspartner werden dem Sicherheitsbedürfnis der Deutschen und dem der Alliierten viel mehr entsprechen, als ein System von Verträgen, in denen ein Partner de jure nur ein Protektorat ist. Aus diesen Gründen ist das Prinzip der Besetzung politisch verhängnisvoll. Die juristischen Argumente, mit denen es trotzdem verteidigt wird, sind nicht stichhaltig und ignorieren, dass nur das Prinzip der unteilbaren Gleichberechtigung im Westen die Grundlage für jedes noch mögliche Übereinkommen mit der Sowjetunion schaffen kann.

+ + +

Stoppuhr-Kommunisten

W.B. Zu allem übrigen Zwang werden den Arbeitern der Sowjetzone jetzt auch noch die Fesseln sogenannter "betrieblicher Kollektivverträge" angelegt. Am 20. Mai wurde der erste dieser supraausbeuterischer "Verträge" eines unerbittlichen Staatskapitalismus im Stahl-

werk Riesa mit viel Tamtam verkündet. Seitdem vergeht kein Tag, an dem die ostzonale Presse nicht das Loblied des neuesten und grössten aller Fortschritte singt: die "alten Tarifverträge", wie sie von den Gewerkschaften in jahrzehntelangen Kämpfen errungen wurden, seien überhaupt nichts wert gewesen, da sie von "Kommissionen irgendwo da oben" ausgehandelt wurden. Jetzt würden die Arbeitsbedingungen für jeden Arbeiter gesondert festgelegt. Denn nun gebe es "keinen Gegner mehr im Betrieb", mit dem man einen Tarifvertrag abschliessen könnte...

Gegen die letztere Behauptung lässt sich in der Tat nichts vorbringen. Es gibt zwar einen furchtbaren Gegner der Belegschaft in den Betrieben, aber Verträge können sie gewiss nicht mit ihm abschliessen. In jedem einzelnen Betrieb wird also jetzt das auf die Spitze getriebene System des Leistungslohns in sozusagen vertragliche Formen gekleidet. Mit ihren Stoppuhren und anderen Instrumenten sind die T.M.N.-Bearbeiter am Werk, um die "technisch begründete Arbeitsnorm" zu bestimmen. Für die Erfüllung und Überfüllung dieser Normen gibt es individuelle Prämienzuschläge. Bis auf weiteres gelten laut einer Mitteilung des FDGB "die vom Betriebsleiter nach sorgfältiger Prüfung bestätigten Normen".

Das neue System hat innerhalb der Belegschaften zu erregten Auseinandersetzungen geführt. Die Ostpresse konnte nicht umhin, einige der vorgebrachten Klagen aufzugreifen. Dabei wird nicht die grundsätzliche Frage des Betriebsvertrages aufgegriffen, wohl aber werden einige der sonstigen Verschlechterungen behandelt. So berichten "Freiheit" und "Neues Deutschland" über Diskussionen im Stickstoffwerk Piesteritz und bei der WEMA in Aschersleben.

Ein Arbeiter fragt (laut "Neues Deutschland" vom 25. Mai): "Warum im Kollektivvertrag jetzt nur noch 10 Prozent Nachzuschlag gegenüber früher 15 Prozent?" Die kaltschnäuzige Antwort des Industrieministers in Sachsen-Anhalt, Opitz, lautet: "Wir können solche Unterschiede nicht mehr brauchen". Fragt der Kollege weiter: "Wenn 5 Prozent abgezogen werden, ist es doch eine Verschlechterung. Warum werden nicht die Kollegen in den anderen Industriezweigen auch auf 15 Prozent erhöht?" Antwortet ein gewisser Morawe vom FDGB: "Der Kollektivvertrag hat die grosse Aufgabe, den Menschen entspre-

chend unserer Wirtschaftspläne in den Mittelpunkt unseres Lebens zu stellen... Durch den Leistungslohn steigen die Löhne, die Preise werden gesenkt und jeder bekommt mehr zu kaufen".

Ein anderer Arbeiter schaltet sich ein: "Aber die Frage des Wegfalls der 50 Prozent Sonntagszulage bleibt noch offen". Opitz: "Wir ändern, indem wir die Regelung treffen, eigentlich garnichts". Ein dritter Kollege lässt sich nicht so leicht abfertigen: "Man kürzt uns von 15 auf 10 Prozent Nachzuschlag und nimmt uns noch die 50 Prozent Sonntagszuschlag, dadurch wird die Lohnerhöhung vom vorigen Jahr wieder zunichte gemacht". Der KP-Minister lässt ihn mit der Drohung abblitzen: "Man darf keine Lügen verbreiten..."

Eine Arbeiterin bemängelt, dass "die Meister prozentual an der Sollerfüllung beteiligt" werden, "während den Arbeitern keine solche finanzielle Anerkennung gewährt wird". Ein weiterer Kollege fragt, ob es ein gerechter Ausgleich sei, dass bei Betriebsstörungen nur 90 Prozent gezahlt werden, usw.

Kein Wunder, dass im Rahmen dieser Diskussion auch die Frage nach den Errungenschaften der Gewerkschaften aufgeworfen wurde. FDGB-Morawe meint, diese Errungenschaften würden durch den Betriebsvertrag "erhalten, gefestigt und erweitert", und zwar "aufgrund der grossen Hilfe, die uns die Sowjetunion geleistet hat und der Erfahrungen, die sie uns vermittelte". Selbst innerhalb der Führung des FDGB hat es jedoch gegen diese sklavische Übernahme sowjetischer Ausbeutungsmethoden einigen Widerstand gegeben. Das ist der eigentliche Grund, weswegen der stellvertretende FDGB-Vorsitzende Alex Stark sang- und klanglos in der Versenkung verschwand.

+ + +

Nachrichten aus der Sowjetzone:

(sp) Das statistische Hauptamt der Sowjetzone wurde angewiesen, keine Angaben über die Bevölkerungszahl der einzelnen Städte und Gemeinden mehr zu machen. Alle Angaben und Meldungen darüber laufen unter "Streng Geheim" und dürfen nur durch Kuriere befördert werden.

+ +

Ein Bahnsteigschaffner auf dem Personenbahnhof in Erfurt wurde durch die BGL entlassen, weil er aus Protest gegen die mangelnde Entlohnung die Reisenden mit dem Hinweis auf seinen Monatsverdienst von 180 DM und die horrenden HO-Preise um milde Gaben bat. Er ist Schwerkriegsbeschädigter und erhielt keine Rente.

Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt